

Die Zweite links, sagt das Navigationssystem, dann haben Sie das Ziel erreicht. Die Erste links heißt Am Rathaus, und in der Zweiten links wohnt Martina Braum. Bürgermeisterkandidatin der SPD der 4538-Einwohner-Gemeinde Röthlein in Unterfranken. Seit fast 20 Jahren wohnt sie hier im Ortsteil Heidenfeld mit ihrer Frau. Auf dem Klingelschild steht auch noch Mr. Spock. Das war ihr Hund. Der ist inzwischen nicht mehr.

Im sehr akkuraten Garten (rechteckige, gemulchte Beete mit Einfassung) steht auch ihr Wahlplakat. Martina Braum in Sakko und offenem Hemd, dazu eine Kurzhaarfrisur, aufgestellter Scheitel und kürzer rasierte Seiten. Darunter steht „Bildung verbessern, den Ausbau vorantreiben“.

VON FRÉDÉRIC SCHWILDEN

Martina Braum ist 48 und Polizeihauptkommissarin bei der Bundespolizei. Eine, der man nichts vormacht. Eine, die anpackt. Sie war jahrelang Gewerkschafterin. Sie sagt: „Ich habe mich schon immer für andere eingesetzt. Zumindest seit der Wende.“

Sie wurde in Erfurt geboren. In der DDR erlebte sie Dinge, über die sie heute nicht mehr sprechen möchte. Umso mehr möchte sie sich heute einbringen. Röthlein, die Gemeinde bei Schweinfurt, möchte sie zugänglicher machen. Vor-Ort-Termine mit den Bürgerinnen machen, eine nahbare Verwaltung werden, die die Ideen der Leute miteinbezieht, anstatt einfach nur durchzuregieren. Am Küchentisch sagt sie: „Ich möchte eine lösungsorientierte Verwaltung. Ich will nicht sagen, was nicht geht, sondern das, was möglich ist.“

Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft in Köln kommen in Deutschland auf 100 Frauen 97,2 Männer. Das heißt, Frauen sind in der Gesamtgesellschaft in der Überzahl. In der Politik sieht das anders aus. Von den Abgeordneten im Bundestag sind nur 36,3 Prozent Frauen. Und schaut man sich die deutschen Rathäuser an, wird nur jedes zehnte von einer Frau regiert. 90 Prozent von Männern.

Es gibt viele Theorien, warum das so ist. Positiv klingt: weil Frauen nicht so doof sind, sich den Politikbetrieb anzutun, weil sie nicht so eitel sind. Und es ist natürlich so, dass Geburt und Schwangerschaft – egal, wie geschlechtergerecht eine Gesellschaft organisiert ist – immer noch von den Frauen übernommen wird, jetzt und in Zukunft. Am Ende liegt es an Strukturen und an einem Klima, die Frauen politischer Entscheidungsmacht ausschließen, es selbstverständlich machen, dass sie diejenigen sind, die für die Familie zurückstecken müssen.

Im oberfränkischen Hallstadt möchte die parteilose 40-jährige Verena Luche für die Grünen ins Rathaus einziehen. Wir besuchen sie zu Hause. Viel Kunst an den Wänden. In der Küche ein Tresen aus einem alten Obstbaum. Der Blick aus dem Wohnzimmer: Grün.

Sie ist Landschaftsarchitektin, hat Kinder, ist verheiratet. Sie möchte die Innenstadt von Hallstadt wieder beleben, plant die Ansiedlung neuer Geschäfte, die sich gegenseitig unterstützen. Sie möchte die Stadt mit mehr

## Die Kahrs-Frage

Wehrbeauftragter Bartels erhält Planstellen, die er gar nicht beantragt hat. Der SPD-Chefhaushälter hat dafür gesorgt – weil er das Amt übernehmen will?

Ohne Zustimmung des Haushaltsausschusses wird kein Cent aus der Staatskasse ausgegeben. So gesehen sind die in dem Gremium vertretenen Abgeordneten die mächtigsten Mitglieder des Bundestags.

VON THORSTEN JUNGHOLT UND MARTIN LUTZ

Johannes Kahrs, 56, gehört diesem exklusiven Zirkel an. Der SPD-Politiker vertritt seit 1998 den Wahlkreis Hamburg-Mitte als direkt gewählter Abgeordneter im Parlament. Seit 2013 ist er haushaltspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Wer mit offenen Augen durch die Hansestadt geht, findet an jeder Ecke Belege für die Auswirkungen seiner Arbeit als Chefhaushälter einer Regierungspartei. Ob das Deutsche Hafenumuseum, der Fernsehturm, das Torhaus des Museums der Arbeit, die Laeisz-Konzertthalle, das Planetarium, das Teehaus in den Wallanlagen – für Bau oder Sanierung dieser Projekte hat Kahrs Steuergeld in dreistelliger Millionenhöhe herausgeschlagen.

Bundsmittel stecken auch in zahlreichen Hamburger Kirchen und

# „Politik wird auf dem Männerklo gemacht“

Es gibt in Deutschland mehr Frauen als Männer. Aber nur jedes zehnte Rathaus wird von einer Frau geleitet. Drei Bürgermeisterkandidatinnen, die Mut machen, dass sich etwas ändert



Kristina Frank, 38, Juristin, kandidiert für das Oberbürgermeisteramt in München



Landschaftsarchitektin Verena Luche, 40, parteilos, kandidiert für die Grünen in Hallstadt, Oberfranken



Bundespolizistin Martina Braum, 48, SPD, möchte im unterfränkischen Röthlein Bürgermeisterin werden

Grün ausstatten, was für die CO<sub>2</sub>-Bilanz gut sein soll, die Stadt aber auch im Sommer kühler und am Ende auch lebenswerter machen soll. Sie sprudelt über, wie sie das erzählt. Sie hat in Afrika in der Entwicklungshilfe gearbeitet. Aber heute sagt sie: „Ich kann weder Afrika, noch die ganze Welt re-

ten. Aber hier vor Ort kann ich etwas ändern.“

Verena Luche ist selbstbewusst und kann reden. Aber sie sagt auch: „Nach der Geburt unseres ersten Kindes war mein Mann zwei Tage zu Hause und dann wieder im Geschäft. Es war ein jahrelanger Kampf, dass ich einen Vor-

mittag hatte, wo er die Kinder nimmt und ich mal früher ins Büro konnte.“ Was passiert, wenn sie Bürgermeisterin werden sollte? Tatsachen schaffen scheint das Beste. Dann muss ihr Mann das mitmachen. Sie sagt: „Wir Frauen sind schon bedacht, Harmonie zu schaffen, ein Nest zu bauen. Da brau-

chen wir nicht streiten, das ist genetisch so, auch wenn so eine Feministin jetzt sagen würde, ich bin bescheuert.“

Tatsächlich ist die derzeitige Politik so weiblich wie nie zuvor. Angela Merkel, die deutsche Kanzlerin, Christine Lagarde, die EZB-Chefin, Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europä-

rischen Kommission, machen es vor. Greta Thunberg und Luisa Neubauer sind derzeit die mächtigste außerparlamentarische Kraft. Die im vergangenen Dezember gewählte finnische Regierung besteht aus zwölf Frauen und sieben Männern. Trotzdem bleiben das bisher noch Ausnahmen. Ein Satz, der von Martina Braum, der Bundespolizistin aus Röthlein, nachhört, ist: „Da, wo in der Politik die Geschäfte gemacht werden, kommt eine Frau häufig nicht hin – aufs Männerklo.“

Ein Kollege schrieb in WELT vom neuen Hass auf Frauen in der Politik. Und nach dem Rückzug von Andrea Nahles als SPD-Vorsitzende wurde viel über das Klima gegenüber Frauen in der Politik gesprochen. „Wie frauenfeindlich ist die Politik?“, titelten die „Stuttgarter Nachrichten“. Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb: „Als Frau an der Spitze hatte Nahles es doppelt schwer.“ Juso-Chef Kevin Kühnert schrieb über den Umgang mit Andrea Nahles in der eigenen Partei damals: „Ich schäme mich dafür.“

In München kandidiert die 38-jährige Kristina Frank von der CSU für das Amt der Oberbürgermeisterin. Wir treffen sie in einem Bar-Restaurant in München bei Tatar und Carbonara. Sie war Staatsanwältin (Abteilung Kapitalverbrechen), Richterin (Banken- und Kapitalmarktrecht), hat in Indonesien und Australien gelebt. Sie ist das Gegenteil von jemandem, der sich in der Opferrolle sieht.

„München ist zu hektisch geworden“, sagt sie. Die Infrastruktur der Stadt sei nicht mit der Anzahl der Bewohner mitgewachsen. Zu viele Autos auf den Straßen. Zu wenig Platz für Radfahrer. Die Klassiker. „Man kann mit Verboten arbeiten wie SPD und Grüne“, erklärt sie, „oder man kann neue Ideen haben: wie eine Bike-Highline.“ SPD und Grüne wollen an der viel befahrenen Lindwurmstraße eine Fahrspur der Autos dichtmachen und den Radfahrern geben. Kristina Frank sagt, dass das den Stau noch verschlimmern würde. Ideen holt sie sich überall. In Kopenhagen gibt es dafür spezielle Radwege, die über der Fahrbahn entlangführen. So ist Platz für alle. Frank will dieses Konzept für München.

Aber tatsächlich reden ihr viele nicht in die Politik, sondern vor allen Dingen in den Look mit rein. „Es spielt eine Rolle, Frau zu sein. Mir wird ständig gesagt, was ich anziehen soll. Weitere Kleidung. Nicht so weiblich. Das kommt von Parteimitgliedern und anderen.“ Merkel, so würden ihre viele dann sagen, sei ja auch nicht besonders weiblich und gerade deswegen so erfolgreich. Frank sagt: „Mit attraktiven Männern wird Kompetenz verbunden, mit attraktiven Frauen eher nicht so.“

Aber es sei auch etwas anderes passiert, seit ihre Kandidatur in München bekannt gegeben wurde. „Andere Frauen sprechen mich an, sagt Frank, „die sind froh, dass ich meine Weiblichkeit nicht verstecke. Die sind froh, dass es mehr Role Models gibt, an denen sie sich orientieren können, die auch als Beispiel für das Gespräch mit dem Chef genommen werden können, um Familie und Job zu vereinbaren.“

Es gibt sie tatsächlich diese Role Models. In Röthlein. In München. In Hallstadt. Das Tolle ist: Man kann sie wählen.

Denkmälern, in der Viermaststahlbark „Peking“ und dem Reeperbahn-Festival. Die norddeutsche Werftenindustrie hat Kahrs ebenfalls so manchen Auftrag zu verdanken. So hat er gemeinsam mit seinem kongenialen Partner bei der CDU, dem Unionschefhaushälter Eckhardt Rehberg, am Verteidigungsministerium vorbei den milliardenschweren Bau von neuen Korvetten für die Bundeswehr durchgesetzt. In der Marine firmieren die Kriegsschiffe deshalb informell als Korvetten der „Kahrs-Klasse“.

Daran gemessen scheint der jüngste Finanzscoop des SPD-Manns zunächst eher marginal. In der Schlussberatung der Berichterstatter des Haushaltsausschusses für den Einzelplan 02, in dem die Ausgaben des Bundestags geregelt werden, wurden auf Antrag von Kahrs und Rehberg vier neue Planstellen für das Amt des Wehrbeauftragten beschlossen. Das klingt nach Peanut. Doch für die bisher 55 Planstellen zählende Behörde, die den Bundestag als Hilfsorgan bei der Kontrolle der Streitkräfte unterstützt, ist das eine bemerkenswerte Zahl. Es geht um Posten im

höheren Dienst im „Referat Truppenbesuche, Pressearbeit und militärfachliche Fragen“, dotiert mit der Besoldungsstufe A 13 – und damit um Personalkosten von mehr als einer Million Euro, bezogen auf die fünfjährige Amtszeit des Wehrbeauftragten.

Seltsam an dem Stellenzuwachs ist nun, dass er von der Behörde selbst gar nicht beantragt worden war. In der Vorlage für die Sitzung der Berichterstatter am 13. November vorigen Jahres tauchten die Planstellen noch nicht auf, den Bedarf haben also allein die Haushälter der großen Koalition entdeckt. Auf welcher Grundlage?

Die Opposition vermag keine zu erkennen. „Es ist auffallend, dass hier Stellen geschaffen wurden, ohne dass eine Fraktion oder der Wehrbeauftragte dies in der Diskussion wünschten“, heißt es bei FDP und Grünen. „Das hat sicher einen Hintergrund in der großen Koalition, an dem man die Opposition nicht teilhaben ließ.“

Kahrs mochte auf WELT-Anfrage keine Auskunft über seine Beweggründe für die Schaffung der Stellen geben. In den Fraktionen von SPD und Union al-

lerdings kursiert eine schlüssige Begründung. Demnach könnte Kahrs, ein Oberst der Reserve, daran interessiert sein, das Amt des Wehrbeauftragten selbst zu übernehmen – und die neuen Stellen mit einer Reihe von seinen Gefolgsleuten zu besetzen.

Die Gelegenheit jedenfalls wäre da. Die Amtszeit des aktuellen Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels (SPD) läuft im Mai nach fünf Jahren aus. In den vertraulichen Nebenabreden des Koalitionsvertrags haben sich die Sozialdemokraten erneut den Zugriff auf den Posten gesichert. Das sei ein „schöner Erfolg“ gewesen, hatte SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich am Rande der Frühjahrsklausur der Fraktion auf WELT-Nachfrage betont. Darauf will er gegenüber der Union auch bestehen.

Bartels hatte jüngst in WELT AM SONNTAG seine Bereitschaft erklärt, zum zweiten Mal anzutreten: „Es wäre eine Ehre.“ Er kann darauf verweisen, den Anliegen der Soldaten wirkmächtig Gehör verschafft zu haben. Seine Arbeit wird fraktionsübergreifend geschätzt – mit Ausnahme der Union vielleicht, die ihm vorwirft, sich als eine Art

„Supervisor der Streitkräfte“ zu häufig in die Angelegenheiten der Verteidigungsministerien eingemischt zu haben. Aus Sicht der SPD müsste das ein Qualitätssiegel sein, dennoch wich Fraktionschef Mützenich der Frage aus, ob er Bartels erneut vorschlagen werde: Das sei noch „Gegenstand von Gesprächen“ in der Fraktion.

Kahrs selbst dementiert ein Interesse an dem wichtigen Amt nicht, sondern bleibt im Vagen: „Um die Position des Wehrbeauftragten bewirbt man sich nicht“, sagte er WELT. Jedenfalls nicht öffentlich. Hinter den Kulissen können sich dem Vernehmen nach mehrere Kandidaten vorstellen, den gut dotierten Job zu übernehmen. Entschieden wird am Ende Mützenich, Kahrs hat als Sprecher des konservativen Seeheimer Kreises eine der drei Gruppierungen innerhalb der SPD hinter sich. Er müsste bei einem Wechsel allerdings sowohl die Führungsposition bei den Seeheimern als auch sein Mandat aufgeben – und damit auch seine Schlüsselposition als Chefhaushälter.

Gewinnen würde er dafür eine sichere Perspektive für die nächsten fünf

Jahre. In der derzeitigen Lage der SPD ist das ein schlagkräftiges Argument. Es sind bloß noch 30 Tage, dann wird in Hamburg eine neue Bürgerschaft gewählt. Wie im Bund befinden sich auch die Sozialdemokraten an der Elbe in unruhigem Fahrwasser. Laut Umfragen werden sie im Vergleich zur vorigen Wahl des Landesparlaments etliche Prozentpunkte einbüßen. Und unmittelbar nach der Bürgerschaftswahl beginnt die Aufstellung der Liste für die Bundestagswahl. Kahrs war bislang nie auf einen Listenplatz angewiesen, weil er stets ein Direktmandat gewonnen hat. Aber wird er das auch in der größten Krise in der Geschichte der SPD schaffen?

Womöglich reagiert Kahrs deshalb so zurückhaltend auf die Frage nach seinen künftigen Karriereplänen: Würde er schon jetzt öffentlich Interesse am Amt des Wehrbeauftragten anmelden, käme das als Signal für die hanseatischen Genossen mitten im Wahlkampf zur Unzeit. Hieß es doch, dass ihr Geldbeschaffer im Bundestag nicht mehr an die Kraft der Sozialdemokratie in seinem Wahlkreis glaubt.